

Im Jahr Vier der Doppik und immer noch ohne Eröffnungsbilanz prägt der Zukunftsvertrag den Haushalt der Stadt Hildesheim für das Jahr 2015. Damit wird das Schuldendesaster bewältigt - und zwar ohne Kahlschlagsmaßnahmen. So sind aktuell bei Musikschule und beim Kinder- und Jugendhaus Ost existenzbedrohende Härten erkannt und die Konsolidierung abgemildert worden.

Es gilt drei Vorgaben aus dem Zukunftsvertrag zu beachten:

0- Defizit-Vorgabe = ausgeglichener Haushalt:

Mit Erhöhung der Vergnügungssteuer und Senkung der Kita-Gebühren (beides wird von der Fraktion B90/Grüne ausdrücklich begrüßt), legt die Verwaltung unter Schwierigkeiten einen Gesamtetat mit Mini-Überschuß vor. Am Ende nur erreichbar durch Anpassung der Ertragspuffer und Pauschalreduzierungen (nie gut, weil Sparverantwortung auf die Fachbereiche übertragen wird). Niedrige Zinsen und wirtschaftliche Stabilität vorausgesetzt, ist das ganze Werk ziemlich „auf Kante genäht“ und birgt ein hohes Risikopotential zur Nachsteuerung.

11 Mio.€Grenze für „freiwillige Leistungen“:

Es wird schon für 2015 knapp, ab 2016/17 u.a. wg. Tarifsteigerungen könnte die Latte auch reißen. Allerdings entstehen dann auch keine 800.000 €Kosten mehr für ein „Jubiläumjahr“ als einmalige Kraftanstrengung die so nicht wiederholbar ist!

Ganz sicher nicht für ein Projekt der CDU/FDP Fraktion, Hildesheim als europäische Kulturhauptstadt auszuweisen. Mehrere 100.000€ schon in der Bewerbungsphase, dass geht gar nicht! Und erinnert mich an die Idee der CDU, zur EXPO 2000 aus Hildesheim eine „Weltkulturstadt“ machen zu wollen. Das hat viel gekostet und wenig gebracht. Deshalb wird ein solcherart Einstieg i.H.v. 5.000€abgelehnt.

Ich denke schon jetzt ist Hildesheim eigentlich zu klein für die breite Kulturlandschaft (u.a. Museum, Theater, Musikschule) die wir uns leisten. Hier wird unbedingt mehr Hilfe v.a. vom Land benötigt, und zwar nachhaltig.

Eine Nettoneuverschuldung = 0 bzw. Schuldenabbau:

Früher war dies ein unverzichtbarer Bestandteil jeder Konsolidierungsvorgabe des Innenministeriums. Heute schwierige Zielsetzung bei städtischer Investitionsplanung für die nächsten 10 Jahren i.H.v. 300 Mio. € Dies ist zwar sinnvoll, aber schon 2015 ergibt sich eine aktuelle Nettoneuverschuldung i.H.v. ca. 1 Mio.€ Die Verwaltung glaubt den Haushalt trotzdem genehmigt zu bekommen. Zweifel bleiben.

Überhaupt geht das Ganze geht nur auf Basis einer finanziellen Verbesserung gegenüber dem Landkreis beim Finanzvertrag in Millionenhöhe. Wie schwierig das werden wird zeigt die Kreisumlage-Debatte bzw. die aktuelle finanzielle Lage des Landkreises. Sollte dies nicht oder nicht vollständig gehen, dann wird die Prioritätensetzung entscheidend bzw. eine Reduzierung aufs Wesentliche.

Gleichzeitig steht die Stadt vor vielfältigen Herausforderungen in Sachen Energiewende, demographischer Wandel, Integrationsaufgaben, Wohn- und Gewerbestandort und einigem mehr.

Dem gerecht zu werden, dazu hofft die Politik mit den vorliegenden Änderungsanträgen - mindestens haushaltsneutral - einen Beitrag zu leisten. Die rot-grüne Mehrheitsgruppe setzt dabei folgende Schwerpunkte :

- Wichtig sind die über den ganzen Haushalt verteilten Vorhaben zur Energieeinsparung: 6 Mio. € Schulsanierungs-Investitionsprogramm ab 2016, energetische Sanierung des Rathauses, LED - Leuchten in Schulen. Gleiches gilt für den Prüfauftrag zum Austausch der Resthochvoltleuchten bei Straßenlampen.

Maßnahmen die zweierlei bewirken: Kosteneinsparung und die Einhaltung der Klimaschutzziele aus 2008. Dafür wollen wir auch auf eine Klimaschutzagentur nicht verzichten, allerdings ohne Doppelstrukturen mit dem EBZ zu schaffen.

- Weiter Fortschritte beim Radverkehr sind gemacht: mindestens 750 Fahrtraheneinstellplätze mit Station am Bahnhof, Radwegewinterdienst und Mitgliedschaft im bundesweiten Netzwerk für Radverkehrsförderung. Jetzt warten wir auf das Radverkehrskonzept.

- Trotz der engen finanziellen Spielräume werden auch Maßnahmen im Sozial- und Jugendhilfebereich umgesetzt: z.B. Hortmittagessen für alle Kinder, mehr Schulsozialarbeit, Sonderfonds für Verhütungsmittel, Prüfung Einführung Bus-Sozialticket.

Als besonders positiv stellt sich das Konzept zur dezentrale Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen dar. Das ist humaner und spart Geld.

- Dazu kommt der Einstieg in das Projekt „Faire Stadt, die Inklusion an den Schulen wird nach Bedarf fortgeführt, auch der vereinsungebundene Sport wird bei Bedarf bezuschusst u.a.

Alles eine Menge produktiver Maßnahmen, die auch die Zustimmung der CDU/FDP-Opposition bekommen. Dass ist sehr zu begrüßen. Einzig bei unserer kleinen rot-grünen rentierlichen Investitionsmaßnahme zur Wohnungsausstattung für Flüchtlinge will schwarz/gelb nicht mitziehen. Da sollte man sich eine „Ruck geben“ – dann wäre die Harmonie perfekt!?

Zusammengefasst sind wir weiterhin guter Hoffnung trotz gelegentlicher Rückschläge und notwendiger Anstrengungen das Finanzdesaster nachhaltig und sozial ausgewogen in den Griff zu bekommen und gleichzeitig noch rot-grüne Akzente zu setzen.